Heute „Sport-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 6 Millionen M.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten". Bezugspreis: für die Woche v. 30. September bis 6. Oktober 60 Millionen Mark einschl. Zustellung durch d. Botenfrau, im voraus zahlbar. Ausl. ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexped. u. die Postanst. in Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; f. alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. die Exped. d. Bl. mögl. Preiserhöhungen während d. Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. uns. Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berliblatt, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigen-Grundpreise: 12gespalt. Zeile 750 Mark, für Familien-Anzeigen 35 Mark, Nachrufe nach üblichem Tarif. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl d. Vereins Deutscher Zeitungsverleger, heute: 50 000. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Naunyner Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Pennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Reillstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 465
Ausgabe für Berlin

Donnerstag 4. Oktober 1923
52. Jahrgang

Rücktritt des Kabinetts Stresemann.

Der entscheidende Beschluß der Sozialdemokratie.

Die Krise.

Was nun?

Von [Nachdruck verboten.]

Erich Dombrowski.

Zwei Tage lang ist im Reichstage um allerlei Kleinigkeiten gestritten worden. Prinzipienfragen wurden aufgeworfen und mit unendlicher Gründlichkeit analysiert. Vorschläge wurden gemacht. Neue Vorschläge, Kompromisse wurden angeregt. Alles umsonst. Die große Koalition zerbrach bei der ersten Belastungsprobe, der sie ausgesetzt wurde. In dem Augenblicke, da diese Zeilen geschrieben werden, hat die Sozialdemokratie alle vermittelnden Anregungen mit 61 gegen 54 Stimmen, also mit einer verschwindend geringen Majorität abgelehnt und beschlossen, ihre drei Parteigenossen aus dem Kabinett abzuberufen. Damit ist die Entscheidung gefallen. Noch in später Abendstunde trat das Reichskabinett zusammen, um die Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen.

Wie war die Entwicklung der Dinge? Die Reichsregierung war sich darüber einig geworden, daß man in dieser gegenwärtigen gespannten wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Lage nur noch mit einem Ermächtigungsgesetz regieren könne, das, ohne den weiten zeitraubenden Umweg der Gesetzgebung, all die dringenden Probleme lösen sollte: die Währung, die Sanierung des Etats, die Produktionssteigerung und so weiter. Diesen Moment, da alles darauf ankam, so rasch wie möglich zum Handeln zu kommen, benutzte Dr. Scholz, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, um eine Reihe von Voraussetzungen oder, wenn man will, Bedingungen an die Zustimmung seiner Fraktion zu dem diktatorischen Rahmengesetz zu knüpfen. Diese Voraussetzungen waren, zum mindesten in der Form, ein Angriff gegen die Sozialdemokratie, indem man unter anderem kategorisch die Ausschiffung des sozialistischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding verlangte. Die Sozialdemokratie begehrte auf und verlangte nun ihrerseits Sicherungen gegen eine etwaige Entrechtung der Arbeitermassen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Man gestand in dem verwirrenden Hin und Her der Verhandlungen, Besprechungen, Konferenzen und Zwiegespräche zu, daß die vielumstrittene Demobilmachungsverordnung unter die wirtschaftlichen Maßnahmen fallen soll, die in das Ermächtigungsgesetz einbezogen werden: die Aufhebung der Demobilmachungsverordnung, die seit dem Kriegsende den Arbeitgebern gewisse Verpflichtungen zur Wiedereinstellung und Beschäftigung von Kriegsteilnehmern auferlegte. Die eigentlichen sozialpolitischen Fragen wollte man aber unter allen Umständen herauslassen. Ganz besonders den Achtstundentag. Daran wollte man nicht gerüttelt wissen. Alle Versuche, die sozialdemokratische Fraktion umzustimmen, mißlangen, obwohl im Verlaufe des gestrigen Tages wiederholt die Fraktion einzulenken schien. Das Endresultat war negativ. Die Sozialdemokratie hat es, verärgert und verstimmt, ja provoziert durch den Vorstoß der Deutschen Volkspartei, nicht über sich bringen können, die höheren staatspolitischen Notwendigkeiten über das letzten Endes kleinliche Parteiinteresse zu stellen. Die Sozialdemokratie hat durch ihr Votum nicht nur das Reich nach außen, sondern auch nach innen aufs äußerste gefährdet. Draußen, im Westen, steht ein Gegner, der unerbittlich jede Schwäche des Reiches ausnutzt, um einen weiteren Druck auszuüben. Im Innern erheben die rechtsradikalen Aufrührer immer kühner ihr Haupt, um, in einer Stunde allgemeiner Verwirrung, einen Schlag gegen die Republik auszuführen. Niemand kann in dieser Nachtstunde, da die flüchtige Feder die letzten Eindrücke niederkritzelt, sagen, was nun werden wird. So viel ist aber gewiß, daß die Sozialdemokratie eine geradezu ungeheure Schuld und ungeheure Verantwortung durch diesen unseres Erachtens unbesonnenen Schritt auf sich geladen hat, selbst wenn, bei gerechter Abwägung aller Umstände, die erste Schuld von der Deutschen Volkspartei begangen ist.

Die Entscheidung des Kabinetts steht noch aus. Die Uhr weist auf Mitternacht. Die Regierung tagt noch im Reichskanzlerpalais. Im Moment lassen sich daher nur die Konturen des Kommenden aufzeichnen. Das Ermächtigungsgesetz ist, weil es den Reichstag für eine ganze Reihe gesetzgeberischer Fragen ausschaltet, ein verfassungänderndes Gesetz. Als solches bedarf es der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit. Diese qualifizierte Majorität ist nur aufzubringen durch eine Beteiligung der Sozialdemokratie. Selbst wenn die sogenannten bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen eine Koalition bilden wollten, würden ihre Stimmen gegen die Sozialdemokraten und die Kommunisten, nicht ausreichen, um dem Ermächtigungsgesetz die von der Verfassung vorgeschriebene Stimmenmehrheit zu geben. Außerdem können weder die Demokratische Partei noch das Zentrum an einen Pakt mit den Deutschnationalen denken. Darüber würden sie beide zerbrechen. Bleibt also nur eine Auflösung des Parlaments übrig. Wenn das Kabinett zurücktritt, kann der Reichspräsident Herrn Dr. Stresemann oder einen anderen Mann mit der Neubildung der Regierung beauftragen, um die Auflösung des Reichstages zu vermeiden. Aber einem neuen Mann würde das, so verfahren, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, nicht gelingen. Das Ermächtigungsgesetz an sich ist aber dringend notwendig, da man ohne rasche diktatorische Maßnahmen auf finanziellem Gebiet das drohende Chaos nicht mehr zu beschwören vermag. Als letzten Ausweg gäbe es dann nur das eine, daß der Reichspräsident während der parlamentslosen Zeit entweder das gegenwärtige gesamte Kabinett oder einen Einzelnen zum Diktator ernennt, damit auch nicht eine Stunde das ganze Reichsgefüge großen Erschütterungen ausgesetzt ist. Wir werden sehen, was der Reichschef in der Nacht oder in der Frühe des heutigen Tages zu tun gedenkt.

Eine Partei hat in diesem ganzen Wirrwarr des Parlaments eine ruhige, klare und objektive Haltung eingenommen. Die Demokraten haben von vornherein unermüdlich auf einen Ausgleich der Gegensätze, die, bei Licht besehen, gar keine waren, hingearbeitet. Sie waren es auch, die dem Reichskanzler den Rat gaben, gar nicht erst die Fraktionen vorher zu befragen, sondern mit dem Ermächtigungsgesetz in offener Feldschlacht vor dem Parlament zu stehen oder zu fallen. Nach alter Erfahrung hätte keine Partei, vor die Pistole gestellt, die Verantwortung auf sich geladen, das Ministerium zu stürzen. Dr. Stresemann hat den Rat nicht befolgt. Die drei sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder hatten Bedenken. Diesen Bedenken ist er gewichen. Rochefoucault: Die Schwäche ist der Tugend gefährlicher als das Laster. Schade. Sehr bedauerlich, wenn diese starke politische Energie auf diese Weise ausgeschaltet werden sollte. Dr. Stresemann ist über Zwirnsfäden gestolpert. Seine eigene Partei ist es gewesen, die vor ihm, als er handeln wollte, die ersten hemmenden Hürden errichtete.

Stresemann mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

Der Reichskanzler Dr Stresemann begab sich abends gegen Mitternacht zum Reichspräsidenten Ebert, dem er die Demission des Reichskabinetts überreichte. Der Reichspräsident nahm das Rücktrittsgesuch an und beauftragte Dr. Stresemann mit der Bildung einer neuen Regierung.

Wie wir hören, hatten sowohl der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, wie auch der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Dr. Marx, Herrn Dr. Stresemann gebeten, einer etwaigen Aufforderung des Reichspräsidenten zum Verbleiben auf dem höchsten Regierungsposten Folge zu leisten. In den Kreisen der Deutschen demokratischen Partei hegt man den gleichen Wunsch. Die Sozialdemokratie hat allerdings keinen Zweifel daran gelassen, daß sie sich an einer neuen Kombination nicht beteiligen würde.

*

L. L. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler mit der Neubildung einer Regierung beauftragt, und zwar sollen in dem neuen Kabinett nicht alle Ministerien wieder besetzt werden. Vielmehr wird wahrscheinlich **nur ein kleiner Kreis von Ministern** in der neuen Regierung sitzen. Ueber die Gründe, die zu dem Kabinettsrücktritt geführt haben, erfahren wir noch folgendes: Das Kabinett hat von den Parteien des Reichstags außergewöhnliche Vollmachten auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialpolitischen Gebiete verlangt. Die Reichsregierung war der Auffassung, daß die Gefahr vorliege, daß sich eine neue Währung nicht hielte, wenn sie nicht gleichzeitig von Maßnahmen auf dem Gebiete der Produktionspolitik, und zwar mittelbare sowie unmittelbarer Art begleitet wäre. Das Kabinett beabsichtigte dabei, auf drei Gebieten neue Maßnahmen zu ergreifen. Erstens auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung, wobei beabsichtigt war, die Besitzsteuer stärker heranzuziehen, um dadurch für das Reich Gewinne zu erzielen; zweitens sollte die Preisbildung in andere Bahnen gelenkt werden, um eine Aenderung in der bisherigen Monopolstellung der Kartelle und ähnlicher Verbände herbeizuführen und drittens sollte die Urproduktion, insbesondere der Bergbau, durch eine Erhöhung der Arbeitszeit gesteigert werden. Außerdem sollte die Aebeitsintensität der deutschen Industrie gesteigert werden, um dadurch die Devisenbeschaffung einzuschränken, und ferner sollte die Exportindustrie so gestellt werden, daß dadurch eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben erreicht werden könnte. Das Kabinett glaubte sich für diese Maßnahmen die Zustimmung der Fraktionen sichern zu müssen. Innerhalb des Kabinetts war über alle diese Fragen weitgehende Einigkeit erzielt worden. Dies ist jedoch in den Fraktionen nicht der Fall gewesen. Nachdem man sich über die bayerische Frage geeinigt hatte, blieben noch die sozialen Fragen zu regeln. Da eine Einigung so nicht erzielt werden konnte, glaubte das Kabinett, die so schleichende Kabinettskrise nicht länger hinziehen zu dürfen, und hat aus diesem Grunde seine Gesamtdemission eingereicht.

Der Kanzler wird sogleich an die Neubildung des Kabinetts herangehen. Es ist in Aussicht genommen, daß die Besetzung des Reichskabinetts mit nur wenigen Sitzen nicht nur vorübergehend, sondern für die Dauer sein soll.

Berlin, 4. Oktober, 12 Uhr 52 Min. nachts.

Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, in seiner Gesamtheit zu demissionieren. Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat von diesem Beschluß dem Reichspräsidenten Kenntnis gegeben. Der Reichspräsident hat Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Die amtliche Mitteilung.

Berlin, 4. Oktober, 1 Uhr 8 Min. nachts. (Amtlich.)

Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch in mehreren Sitzungen mit der Lage beschäftigt. Durch die Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei, die soziale Gesetzgebung in den Ermächtigungsantrag der Reichsregierung beim Reichstag einzubeziehen, war eine unüberbrückbare Divergenz in der Auffassung der Koalitionsparteien entstanden. In Anbetracht dieser Tatsache beschloß das Kabinett, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission anbieten zu lassen. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und den bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

Die letzte Ursache der Krise.

Der ablehnende sozialdemokratische Beschluß.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß abends um ¾10 Uhr mit 61 gegen 54 Stimmen, alle Vermittlungsvorschläge abzulehnen. Die sozialdemokratischen Minister begaben sich zu Dr. Stresemann, um ihm von dem Ergebnis ihrer Fraktionssitzung Mitteilung zu machen. Damit war nach Auffassung parlamentarischer Kreise die Kabinettskrise akut geworden. Um 10 Uhr trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen.